



Ökologie ja, aber bitte ohne enge Vorschriften

Die Grünen scheitern mit ihrem Vorstoß, mehr Solartechnik und Grün auf Übach-Palenbergs Dächer zu bringen.

VON DETTMAR FISCHER

Übach-Palenberg Es gibt eine gute und eine schlechte Nachricht aus der Sitzung des Bau- und Umweltausschusses der Stadt Übach-Palenberg zu berichten. Die gute Nachricht: Ausschussmitglieder und Verwaltung wollen die Ökologie in der Stadt voran bringen. Die schlechte Nachricht: Die hitzige Diskussion, wie dies zu bewerkstelligen sei, endete ohne greifbares Ergebnis.

Ausgangspunkt war der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „Solar- und Dachbegrünungspflicht in Übach-Palenberg: Nutzung regenerativer Energien und Dach-, Fassadenbegrünung“. Die Grünen hatten ihren Antrag in drei Punkte gegliedert:

Die Stadt möge alle zur Verfügung stehenden und baulich geeigneten städtischen Dachflächen zur Dachbegrünung oder zur Nutzung regenerativer Energien herrichten.

Die Stadt möge für zukünftige Baugebiete ausschließlich Satzungen mit einer Solar- und Dachbegrünungspflicht verabschieden.

„Da ist Ärger im Busch.“

Bürgermeister Oliver Walther

in Richtung der SPD

Die Stadt möge geeignete Dachflächen wie etwa Fahrgastunterstände benennen und gewerbliche Betreiber auffordern, ihrem Beispiel zu folgen.

Angela Suchan (Grüne) brachte den Antrag ein und hoffte auf Zustimmung. Alf-Ingo Pickartz (SPD) „beglückwünschte“ die Grünen dazu, dass sie auf kommunaler Ebene den Mut finden, der ihnen auf Bundesebene fehle, nämlich auf Verbote und Pflichten hinzuweisen, mit denen sie die Bürger belegen wollen. Pickartz erinnerte daran, dass seine Fraktion ja leider mit der Idee, eine ökologische Gestaltungssatzung für neue Baugebiete einzuführen, gescheitert sei.

Einzelne Punkte des Grünen-Antrags seien begrüßenswert. Schön wäre es in Übach-Palenberg einmal eine Klimaschutzsiedlung, ein Leuchtturmprojekt, auf den Weg zu bringen. Die SPD setze aber mehr auf die Förderung als Anreiz, ökologische Maßnahmen zu realisieren, als auf eine Verpflichtung der Bürger. Denkbar

wäre, so Pickartz, eine Ermäßigung bei den Grundstückspreisen, wenn die Bauherren ökologisch bauen.

Johannes Bröhl (CDU) machte deutlich, dass mit der CDU die ersten beiden Punkte des Grünen-Antrags auf keinen Fall zu machen sei. Der Antrag sehe zwar so aus, als würde er auf der Höhe der Zeit sein, doch nur augenscheinlich. Bei den regenerativen Energien seien klare Vorgaben des Bundesgesetzgebers zu beachten. Man dürfe nicht grundsätzlich den Bürgern das Bauen erschweren, argumentierte Bröhl. Das Bauen in Übach-Palenberg müsse für die Bürger finanziell attraktiv bleiben.

Der Grundgedanke des Antrags sei aber nicht verkehrt, meinte auch Johannes Bröhl. Es gelte einen Konsens zu finden. Bröhl unterstrich: „Der Grundtenor ist schon richtig.“

Heinz Waliczek, bei der Verwaltung zuständig für die Stadtentwicklung, meinte sogar: „Der Antrag der Grünen geht nicht weit genug.“ Das Thema Nachhaltigkeit beim Regenwasser sei beispielsweise ebenso zu berücksichtigen und müsse intensiv beraten werden. Da die Kapazitäten begrenzt seien, brauche die Entwicklung aber Zeit. Es würden aber schon Gespräche mit Investoren geführt, die den Bereich Ressourcen- und Energiesparen thematisieren. Auf diesem Gebiet muss aber wohl noch Überzeugungsarbeit geleistet werden.

Waliczek verwahrte sich gegen den Vorwurf der SPD, die Stadt würde lediglich ihre gesetzliche Pflicht erfüllen.

Bürgermeister Oliver Walther wies den Vorwurf von Alf-Ingo Pickartz scharf zurück, er habe beim Baugebiet Mariental das Versprechen, dort etwas Ökologisches zu machen, gebrochen. Oliver Walther stellte fest: „Da ist Ärger im Busch.“

Pickartz hielt dagegen, er werde dies auch weiterhin behaupten, da er diese Aussage belegen könne. Vielleicht lag es ja daran, dass die Diskussion aus eher ruhigem Fahrwasser in höheren Wellengang übergegangen war, dass die anschließende Abstimmung über den Antrag der Grünen etwas unglücklich verlief.

Johannes Bröhl hatte ja Konsensbereitschaft signalisiert. Doch die Suche nach einem Kompromiss ging wohl in den Wellen unter. So kam es zu einer klaren Ablehnung des Grünen-Antrags mit den Stimmen der CDU. Die Grünen stimmten dafür. Die SPD zeigte sich zunächst unschlüssig und reagierte gar nicht, enthielt sich dann aber bei der Wiederholung der Abstimmung der Stimme. Städtische Dachflächen, die sich für eine Begrünung eignen, soll es nach einer vor Jahren durchgeführten Erhebung wohl nicht geben.

Angela Suchan hatte noch darauf hingewiesen, dass die vergangenen Monate gezeigt hätten, dass man keine Zeit mehr habe. Gleich vor der Tür des Pädagogischen Zentrums, wo der Ausschuss tagte, entsteht an der Otto-von-Hubach-Straße das seit langem erste Neubaugebiet unter städtischer Hoheit. Eigentlich läge dort die ideale Spielwiese, um ökologischen Ideen einen Raum zu geben.

04.09.2021 / Geilenkirchener Zeitung / Seite 15 / LOKALES [/2.0/#/read/az-c1/20210904?page=14&article=113808585]